

kleinen und kleinsten Sorgen unserer noch so sehr unter der Not des Krieges leidenden Menschen. Ich freue mich, daß der Herr Ministerpräsident in seinem großen politischen Exposé gerade diese Dinge, die Fragen der Versorgung der Alten, der Rentner, der Mütter, der Kinder, der Heimkehrer, der Umsiedler, nicht vergessen und sie zu einem wesentlichen Programmpunkt der Arbeit der Regierung erklärt hat.

Gestatten Sie mir, meine Damen und Herren, der Kürze der Zeit wegen einige andere Bemerkungen zu übergehen und nur noch etwas über Berlin zu sagen. Auch diese Stadt, die Hauptstadt der Deutschen Demokratischen Republik, ist ein Opfer jener Spaltungspolitik geworden, die den westdeutschen Teilstaat von Deutschland loslöste und unser Volk der Verfügungsgewalt über sein reichstes Rohstoff- und Produktionsgebiet beraubte. Berlin ist mit Duldung der westlichen Besatzungsmächte und entgegen den ganz eindeutigen Erklärungen der Alliierten über den Kontrollmechanismus in Deutschland und über die Besatzungszonen in Deutschland vom 5. Juli 1945 in zwei Teile zerrissen worden. Wie man den Kontrollmechanismus für Gesamtdeutschland zerstörte, so entledigte man sich der für die Durchführung seiner Zwecke unbequemen Viermächteverwaltung Groß-Berlins.

Die Westberliner Politiker, die inzwischen zu Spezialisten in Klingelfahrten geworden sind, stehen händelringend und täglich stärker nach Hilfe rufend vor ihrem politischen Scherbenhaufen — vor einem Gaurisankar von Schulden, vor einem Heer von Arbeitslosen, das größer ist, als es je zuvor war, vor dem durch ihre Währungspaltung verursachten Elend der Gewerbetreibenden, der freischaffenden Berufe, der Invaliden und Altersrentner. Sie schreien sich die Kehle heiser und fordern jeden Tag von Herrn Dr. Adenauer die Anerkennung Berlins als 12. Bundesland und seine Eingliederung in die westdeutsche Kolonie der USA.

Es verlohnt sich nicht, auf das Groteske dieser Forderung einzugehen. Es genügen folgende Feststellungen: Westdeutschland ist mit 5 Milliarden Westmark, Westberlin mit 1 Milliarde Westmark verschuldet. Westdeutschland zählt mehr als 1/4 Millionen Erwerbslose, Westberlin hat deren mehr als 250 000 Vollerwerbslose, deren Zahl sich täglich um 800 vergrößert. Westberlins Haushaltsplan, dessen Mittel zu zwei Dritteln aus westlichen Krediten bestehen und der vor einigen Monaten mit Ach und Krach auf einen Debetsaldo von 250 Millionen Mark zusammengestrichen wurde, weist inzwischen ein Defizit von 500 Millionen Westmark aus. Ein alliierter Sonderausschuß hat errechnet, daß Berlin eine Anleihe von 300 Millionen Dollar = 1,2 Milliarden Westmark benötigt, um das Ergebnis der imperialistischen Spaltungspolitik zu überwinden. Nach einem Bericht der „New York Herald Tribune“ macht die Westberliner Verwaltung in jeder Minute jeden Tages neue Schulden in Höhe von 406 Dollar.

Glauben die Männer in Westberlin und Bonn, dieses Problem könne eine Lösung dadurch erfahren, daß man die westdeutsche Schuldenlast mit der von Westberlin addiert? Seit Adam Riese war es so, und es wird auch in Zukunft so sein, daß Null und Null immer nur wieder Null ergibt. Glauben die Männer in Westberlin und Bonn, die Not der westdeutschen Arbeitslosen addiert mit dem Elend der Westberliner Arbeitslosen ergäbe Glück und Wohlstand? Nein, meine Damen und Herren, nicht die Zusammenkoppelung zweier Notstände, sondern ihre Überwindung schafft den Wohlstand.

Der demokratische Magistrat von Groß-Berlin respektiert die Viermächteverwaltung dieser Stadt. Er bemüht sich seit Monaten, eine Normalisierung des Lebens zu erreichen. Auf einigen Gebieten -ist dies ge-

lungen. Die Feuerwehr Ostberlins darf, wenn es in Westberlin brennt, jetzt auf dieser Seite löschen. Aber ein entscheidendes Ergebnis zu erzielen, war infolge der Haltung der Westberliner Verwaltung nicht möglich. Dafür fordert man drüben jeden Tag Wahlen. Wahlen sind gut. Wir haben sie vom ersten Tage an gefordert, sobald die demokratischen Bedingungen in Westberlin gegeben sind. Im Augenblick aber will es uns scheinen, daß den Berliner Arbeitslosen und Währungsgeschädigten weniger an einer durch Wahlkämpfe noch mehr belasteten Wirtschaft als daran liegt, ihnen nicht nur volle Schaufenster, sondern durch nutzbringende Arbeit eine gesicherte Existenzgrundlage zu schaffen. Im übrigen hätten die Herren aus Schöneberg gestern Abend reichlich Gelegenheit gehabt, die Entscheidung der Bevölkerung Groß-Berlins kennenzulernen, die so klar, so eindeutig und so wuchtig wie noch nie seit 1945 auf der Seite jener Kräfte war, die die Wiederherstellung der Einheit Deutschlands und die Sicherung eines gerechten Friedens zum Mittelpunkt ihrer Arbeit gemacht haben.

Wir Berliner fordern von der Deutschen Demokratischen Republik nichts. Unser Ministerpräsident, Herr Grotewohl, hat neben vielen anderen auch noch den Vorteil gegenüber Herrn Dr. Adenauer, daß Berlin ihn nicht mit Bettelbriefen belästigen wird. Wir werden in Zusammenwirken mit unserem in der Ostzone gelegenen Hinterland und unter Aufbietung aller unserer Kräfte unser Schicksal selbst zu meistern versuchen. Mehr noch! Ich darf hier der Deutschen Demokratischen Republik und ihrer Regierung die Versicherung abgeben: die Bevölkerung der Hauptstadt der Republik wird ihren ganzen Stolz darin setzen, der Regierung jede nur erdenkliche Hilfe beim Wiederaufbau unseres gemeinsamen Vaterlandes zu gewähren.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, vor uns allen steht als das zentrale Problem die Entfaltung der Nationalen Front des demokratischen Deutschlands. Von der Entschlossenheit der in ihr zusammengefaßten Kräfte, von niemand anderem, hängt es ab, ob wir in diesen Tagen den neuen Weg in eine demokratische und friedliche Zukunft beschritten haben oder auf den Weg zurückgelangen, der uns einst in die große nationale Katastrophe führte.

Das große, jubelnde Bekenntnis, das gestern die Hauptstadt der Republik zur deutschen Einheit, zum Frieden, zur Deutschen Demokratischen Republik, zu ihrem verehrungswürdigen Präsidenten und zur Regierung ablegte, ist die Wurzel unserer Kraft. Die Bekundung der Entschlossenheit der Berliner und der Jugend der ganzen sowjetischen Besatzungszone, „vorwärts immer, rückwärts nimmer“ zu gehen, hat uns die große Verpflichtung auferlegt, in diesem Hause über alle Parteischranken hinweg gemeinsam dieser Republik, diesem Volke zu dienen, ihnen den Weg für ein neues und besseres Leben frezumachen.

Die gemeinsamen Beschlüsse, die wir gefaßt haben und hoffentlich auch in Zukunft fassen werden, gewinnen aber erst dann, meine Damen und Herren, Leben und Kraft, wenn wir sie ebenso gemeinsam draußen im Lande verfechten und uns für ihre Durchführung einsetzen.

(Beifall)

Die Politik des antifaschistisch-demokratischen Blocks hat allen Schwierigkeiten zum Trotz zu jener historischen Stunde geführt, in der die Sowjetregierung der Provisorischen Regierung der Deutschen Demokratischen Republik die Verwaltungsfunktionen übergab, die bisher der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland zukamen. Dieses große, befreiende Ergebnis unserer Arbeit schafft die Grundlagen für die Erfolge in unserem Kampf für Einheit und Frieden,